



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 23.08.2018

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 28. August 2018, um 16:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

*Zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 ist eine gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für
Umwelt, Energie und Sauberkeit vorgesehen -*

1. 18-V-36-0018 DL 37/18-3, 36/18-4

Müllverbrennungsanlage: Gutachten des Öko-Instituts e.V.

2. Maßnahmen zur Luftreinhaltung - Dieselfahrverbot

- 2.1 18-V-36-0021 DL 37/18-4, 36/18-5

Sofortpaket für den Luftreinhalteplan zur Abwendung eines Dieselfahrverbots für die
Landeshauptstadt Wiesbaden

2.2 18-V-66-0230

DL 37/18-9, 36/18-9

Aufbau eines digitalen Systems zur Erhebung, Bereitstellung und Nutzung von Mobilitäts-, Umwelt- und Meteorologie-Daten als Basis für ein aktives Verkehrsmanagement - DIGI-V

2.3 18-V-66-0238

DL 36/18-10

Green City Masterplan „WI-Connect“

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 12.06.2018

4. 18-F-01-0004

Mischgebiete auf den Prüfstand stellen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.08.2018 -

Die Siedlungsstruktur in Wiesbaden unterliegt einem erheblichen Wandel. Im gleichen Maße, wie sich die Anforderungen an Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen verändern, entstehen Konflikte mit zum Teil jahrzehntealten planungsrechtlichen Vorgaben.

Eine der größten Herausforderungen stellt derzeit sicherlich die Schaffung von Wohnraum dar. Zum Teil wird diese behindert durch planrechtlich vorgegebene Mischgebiete, weil diese einen erheblichen Anteil an gewerblicher Nutzung im Plangebiet vorsehen. Die Spanne des notwendigen Anteils ist von Stadt zu Stadt durchaus unterschiedlich hoch, jedoch können wir auch in Wiesbaden feststellen, dass insbesondere Mischgebiete drohen, funktionslos zu werden - ohne jedoch, dass ihre rechtliche Bindung endet.

Paradoxiertweise kann dies sogar dazu führen, dass in Einzelfällen die Umwandlung von Wohnraum in nicht-störende Gewerberäumlichkeiten mit dem Problem belegt ist, eine Rückumwandlung im Falle von Bedarfsveränderungen nicht mehr vornehmen zu können. Ein solcher Effekt lässt sich derzeit recht gut im Falle des bisherigen Plangebietes Heiligenhaus (alt) in Igstadt aufzeigen. In diesem Fall trifft das berechnigte Anliegen der Schaffung neuen Wohnraums auf das ebenfalls legitime Interesse der Eigentümer der Bestandsgebäude im Planbereich, in ihren Nutzungsmöglichkeiten nicht nachhaltig eingeschränkt zu werden.

Es könnte sogar grundsätzlich sinnvoll sein, die noch zahlreich in der Stadt anzutreffenden Mischgebiete einer Revision zu unterziehen und dort, wo dies nicht nur, aber gerade auch aufgrund der durch langen Zeitablauf überholte Planvorgaben z.B. was Dichtevorgaben, Dachgaubenverbote, Vorgaben zu Grünanteilen oder Stellplatzvorgaben u.ä. angeht, in eine andere Planungsgrundlage zu überführen. So können etwa WA-Gebiete (Wohnen - allgemein) sehr wohl nicht-störendes Gewerbe abbilden, ohne der oben beschriebenen Problematik zu unterliegen. Insgesamt erscheinen einige der festgesetzten Mischgebiete aus heutiger städtebaulicher Sicht anachronistisch.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr einen Überblick über die in Wiesbaden festgesetzten und noch gültigen Mischgebiete zu geben,
2. darzulegen, ob die in diesen Mischgebieten festgesetzten Kennziffern, insbesondere zur Dichte, aber auch zu sonstigen Nebenbestimmungen heute noch als zeitgemäß und der aktuellen städtebaulichen Entwicklung als angemessen angesehen werden können bzw.
3. in welchen Regelungsinhalten der Magistrat Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarfe erkennt, sowie
4. auch vorab einer solchen umfassenden Prüfung beispielhaft hierfür den Bebauungsplan 1970/01 Igstadt-Süd im Ortsbezirk Igstadt dahingehend zu überprüfen, ob hier die Umwandlung des verbliebenen und nicht vom Bebauungsplanvorhaben „Am Heiligenhaus / Nordenstadter Straße“ betroffenen restlichen Mischgebietes in ein allgemeines Wohngebiet (WA) geboten erscheint.

5. 18-F-02-0013

Zustand der Fußgängerzone

- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 14.08.2018 -

Nach der Beschlussfassung zur Neugestaltung der Wiesbadener Fußgängerzone im Jahre 2002 sind zwischenzeitlich (nahezu) alle Bauabschnitte umgesetzt; die ersten Bauabschnitte liegen mittlerweile bereits 13 Jahre zurück. Es sollte daher eine Bilanz gezogen werden, welche Maßnahmen sich positiv entwickelt haben und welche möglicherweise überarbeitet werden müssen. Außerdem sollte überprüft werden, inwieweit die Bestandteile des Fußgängerzonen-Konzeptes heute noch Bestand haben bzw. durch Sanierungen/Materialaustausch etc. verändert und angepasst werden müssen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

eine Stärken-/Schwächenanalyse zu dem beschlossenen Fußgängerzonen-Konzept vorzulegen mit der Klärung insbesondere folgender Sachpunkte:

- Wie wird mit dem regelmäßigen Verlust der verlegten Bronze-Einlegetafeln aktuell und zukünftig umgegangen?
- Wie und wann erfolgt der Austausch beschädigter Pflastersteine und entsprechen die neu eingesetzten Steine dem Material des ausgetauschten Basissteins?
- Warum werden in erheblichen Teilen der Fußgängerzone für Leitungsverlegungen aufgebrochene Flächen nur mit einer Asphaltdecke bzw. nicht fachgerecht geschlossen?
- Warum wurden einzelne Straßenleuchten (im Bereich des Mauritiusplatzes) entfernt und nicht durch neue Laternen ersetzt?
- In welchem Zustand befinden sich die klassischen Stadtmöblierungseinbauten (Sitzbänke, Abfallbehälter, Fahrradständer, Hinweisschilder etc.) und wie häufig werden diese kontrolliert?
- In welchen Abständen werden Abfallbehälter und sonstige Einbauten in der Fußgängerzone gereinigt bzw. ersetzt?

- Welche neuen Konzepte bzw. Konzeptansätze gibt es zur Belebung der Fußgängerzone (u.a. in Hinblick auf Ladenstruktur, Veranstaltungen und andere Angebote im öffentlichen Raum)?

6. 18-F-10-0012

Temporäre Parkplätze am 2. Ring
- Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 22.08.2018 -

Seit dem 3. August 2018 ist das temporäre Parken auf der äußeren Fahrspur des 2. Rings nicht mehr erlaubt. Als Begründung für die Streichung der Parkmöglichkeiten führt der Verkehrsdezernent an, es stünden zu Beginn des Berufsverkehrs montags morgens noch zu viele Fahrzeuge unerlaubt auf der Fahrspur, sodass der Pendlerverkehr nicht ungehindert fließen kann. Ein ungehinderter Verkehrsfluss ist aber Teil des Maßnahmenpaketes zur Verhinderung eines Dieselfahrverbotes. Der Verkehr soll außerdem vom 1. auf den 2. Ring verlagert werden, um die Schadstoffbelastung am 1. Ring zu senken. Der Presse war zu entnehmen, dass Anwohner und Ortsbeirat über die Streichung der Parkplätze verärgert sind.

Antrag:

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. weshalb die temporäre Parkerlaubnis nicht wenigstens für die Zeit von Freitag- bis Sonntag-abend bestehen gelassen wurde, obwohl der Autoverkehr am Wochenende zu keiner Zeit das Aufkommen des werktäglichen Berufsverkehrs hat.
2. ob der Verkehrsdezernent vor der Aussetzung des temporären Parkens das vertragliche Engagement einer privaten Abschleppfirma in Betracht gezogen hat? Wenn nein, warum nicht?

7. 18-F-05-0034

Parksituation entspannen statt verschärfen
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 13.08.2018 -

Laut einer Studie des Strategischen Amtes für Stadtforschung und Statistik (vorgestellt im Mai 2017), halten 64 Prozent aller Befragten ‚Maßnahmen zur Entspannung der Parksituation in den Wohngebieten der Innenstadt‘ für vordringlich. Die Aufhebung des temporären Parkens in den Nachtstunden am zweiten Ring trägt jedoch nicht zu einer Entlastung der Parksituation in Wiesbaden bei sondern verschärft diese weiter. Gleiches gilt für die bisher durch das zuständige Dezernat geduldeten Parkmöglichkeiten in der Scharfensteiner Straße: Sollten diese, wie der Berichterstattung (WK 08.08.2018) zu entnehmen war, mittelfristig wegfallen, wird sich der Parkplatzmangel in Biebrich verschlimmern, weshalb der Ortsbeirat eindringlich vor einem solchen Schritt gewarnt hat.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert,
 - a. die Aufhebung des temporären Parkens am zweiten Ring rückgängig zu machen.
 - b. die 2006 mit dem Ortsbeirat Biebrich vereinbarte Duldungspraxis für „halbhüftiges“ Parken in der Scharfensteiner Straße beizubehalten oder ortsnahen Ersatz zu schaffen.
2. Der Magistrat wird gebeten, die Kontrollen am zweiten Ring in den Morgenstunden (nach Beendigung des Nachtparkens) zu verstärken.
3. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
 - a. wie viele Autos an besagter Stelle im letzten Jahr abgeschleppt wurden und ob sich eine Zunahme der Fälle feststellen lässt.
 - b. zu welcher Tages- bzw. Nachtzeit schwerpunktmäßig kontrolliert und abgeschleppt wird.
 - c. in welchem Maße der Verkehrsfluss auf dem zweiten Ring (aufgeschlüsselt nach Tages- und Nachtzeiten) durch die Aufhebung des temporären Parkens verbessert wird.
 - d. wie groß die NOx-Reduzierung am ersten Ring ist, wenn der Verkehr seinen Weg über den zweiten Ring nimmt.

8. 18-F-08-0046

Reaktivierung der Aartalbahn

- Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion vom 22.08.2018 -

Nach dem Vorbild der Taunusbahn im Hochtaunuskreis, die sich seit ihrer Wiederinbetriebnahme einer zunehmenden Nachfrage erfreut und zu Stoßzeiten auch durchgehende Züge von Grävenwiesbach bis zum Frankfurter Hauptbahnhof anbietet, könnten auch auf der vorhandenen Aartalbahntrasse durch attraktive Angebote Pendler und Reisende zum Umsteigen vom Auto und Bus auf die Schiene motiviert werden. So wäre auch eine direkte und rasche Bahnanbindung des Aartals an Frankfurt und Mainz möglich. Damit verbunden wäre eine Verringerung des Durchgangsverkehrs auf dem 1. und 2. Ring und somit eine Reduzierung von Schadstoffausstoß und Lärmbelästigung für die Anwohner.

Die Reaktivierung der Aartalbahn wäre nach Angaben des Vereins Nassauische Touristikbahn e.V. (NTB) mit einem relativ geringen Betrag finanzierbar sowie auch in einem relativ kurzen Zeitraum technisch machbar und sollte gegebenenfalls im Zusammenhang mit dem angedrohten Dieselfahrverbot in das Maßnahmenpaket der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgenommen werden. Mögliche Haltepunkte (und ggf. Bedarfshalte) in Dotzheim, Kohlheck und Waldstraße/Schiersteiner Straße hätten auch im Wiesbadener Stadtgebiet einen relativ großen Einzugsbereich.

Dem längerfristigen Projekt einer CityBahn bis Bad Schwalbach stünde eine zügige Reaktivierung der Aartalbahn nicht im Wege. Da mit einem Baubeginn der CityBahn bis Bad Schwalbach - vorbehaltlich eines zustimmenden Bürgerentscheids - frühestens in sechs bis sieben Jahren zu rechnen ist, wäre die Reaktivierung der Aartalbahn eine kurzfristige, wirksame und effektive Lösung in Bezug auf die Schadstoff- und Klimaprobleme der Landeshauptstadt Wiesbaden. Sie könnte später sinnvoll mit dem CityBahn-Projekt verknüpft werden.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge prüfen,

ob und wie eine schnelle Reaktivierung der Aartalbahn auf der vorhandenen Trasse, zunächst bis Bad Schwalbach, für den Schienenpersonennahverkehr verwirklicht werden könnte, um den Durchgangsverkehr auf dem 1. und 2. Ring zu reduzieren.

9. 18-V-61-0007 DL 33/18-1

Bebauungsplan „Westlich des Daimlerrings“ im Ortsbezirk Nordenstadt - Satzungsbeschluss
Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Fachmarktzentrum Wiesbaden- Nordenstadt“ -
Aufhebungsbeschluss

10. 18-V-61-0024 DL 34/18-13

Bebauungsplan "Hermann-Ehlers-Schule" im Ortsbezirk Erbenheim - Satzungsbeschluss -

11. 18-V-61-0025 DL 37/18-7, 36/18-8

Bebauungsplan "Flandernstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss -

12. 18-V-66-0221 DL 31/18-4

Änderung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Parkplätzen im öffentlichen Straßenraum der Landeshauptstadt Wiesbaden (Parkgebührenordnung)

**13. Neubau der HELIOS HSK - Bushaltestelle- ANLAGE
*- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 12.06.2018 -***

14. 18-F-10-0013

Ausstattung der ESWE-Busflotte mit Sicherheitsglasscheiben zum Schutz der Fahrer
- Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 22.08.2018 -

Wie dem *Wiesbadener Kurier* in seiner Ausgabe vom 02.07.2018 zu entnehmen war, verzeichnet die ESWE-Verkehr eine Zunahme von Übergriffen auf die Busfahrer der Verkehrsgesellschaft. Dabei seien nicht nur verbale Attacken in größerer Zahl zu verzeichnen als früher, auch Spuckattacken nähmen zu. Dazu kämen immer wieder auch Handgreiflichkeiten von Seiten aggressiver Fahrgäste. Lisa Uphoff, Pressesprecherin der ESWE-Verkehr, lässt sich mit den Worten zitieren: „Die Gewaltbereitschaft ist hoch, die Hemmschwelle niedrig.“

Das beschriebene Problem steht mittlerweile auf der Tagesordnung vieler deutscher Großstädte. Einige von ihnen - etwa Mainz, Essen, Chemnitz, Berlin und Köln- haben bereits reagiert und zum Schutz ihrer Busfahrer Trennscheiben über der Fahrgastraumabtrennung montieren lassen, die Busfahrer wirkungsvoll vor Spuckattacken und Übergriffen durch Fahrgäste schützen.

Auch in den Bussen der ESWE finden sich vereinzelt solche Scheiben. Dabei handelt es sich jedoch nur um eine „kleine Lösung“, die lediglich den „toten Winkel“ des Busfahrers abdeckt. Vor dem Hintergrund der oben zitierten Aussagen der ESWE-Pressesprecherin stellt sich die Frage, inwieweit eine solche kleine Lösung die Fahrer vor Spuckattacken und Handgreiflichkeiten effektiv schützen kann.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. wie viele Busse der ESWE-Verkehr schon mit einer Fahrerschutzscheibe ausgestattet worden sind.
2. bis wann alle städtischen Busse mit Trennscheiben auf- bzw. nachgerüstet sein werden.
3. welche Kenntnisse er über die Gründe hat, aus denen sich die ESWE-Verkehr für die genannte „kleine Lösung“ entschieden hat - während die erwähnten anderen Großstädte sich für großflächigere Scheiben entschieden haben.
4. ob auch die zukünftige Elektrobus-Flotte von Werk aus mit Fahrerschutzscheiben ausgestattet werden soll.

15. 18-F-05-0040

Auftragsgenerierung für lokale Betriebe durch City-Bahn?
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 22.08.2018 -

Am 6. August 2018 sprach Herr Prof. Zemlin auf der Veranstaltung „City-Bahn - Chancen und Risiken für die Wirtschaft“ der IHK Wiesbaden von den wirtschaftlichen Vorteilen, welche durch den Bau und Betrieb der City-Bahn entstünden. Demnach würden rund 400 bis 500 Millionen EUR direkt in die Region fließen und die City-Bahn „Traffic“ generiert. Zudem Sorge die Bahn für „mehr Kunden in der City“, „mehr Studierende“, „mehr Talente“ und „mehr Umsatz für Gastronomie“.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob die Aufträge in Zusammenhang mit der Planung und dem Bau der City-Bahn europaweit ausgeschrieben werden.
2. ob sich der Magistrat die Aussagen von Herrn Prof. Zemlin zu eigen macht und wenn ja, auf welcher Grundlage (Daten/Schätzungen).

16. 18-F-05-0033

Leistungsnachweise für Verkehrsfluss an Haltestellen vorlegen
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 02.08.2018 -

Am 3. Mai 2018 berichtete der Wiesbadener Kurier: „Fährt eine City-Bahn an eine Haltestelle, so haben die Autos in diese Richtung für bis zu 50 Sekunden ‚Rot‘. Diese Zeit müsse für den Fahrgastwechsel und die Überquerung der Straße durch die Fahrgäste einkalkuliert werden. ‚Das funktioniert‘, sagt Chefplaner Martin Pächer, entsprechende Leistungsnachweise lägen vor.“

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr missbilligt, dass mal wieder entgegen anderslautender Beteuerungen Details zum Projekt CityBahn in der Presse erörtert werden, die Unterlagen den Stadtverordneten aber nicht zur Verfügung gestellt werden.
2. Die im Artikel genannten „Leistungsnachweise“ sind den Stadtverordneten unverzüglich und vollumfänglich zur Verfügung zu stellen.

17. 18-F-05-0022 ANLAGE

WiesbadenValley - Zukunftsorientierte Standortpolitik für attraktives Leben und Arbeiten in Wiesbaden

- *Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2018* -

- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.06.2018* -

18. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 17-F-05-0040 ANLAGE

Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) Citybahn

- *Bericht des Dezernates V vom 15.06.2018* -

2. 17-F-05-0043 DL 29/18-1

Vollständige Transparenz bei den Citybahn-Planungen

- *Bericht des Dezernates V vom 18.06.2018* -

3. 17-F-11-0001 ANLAGE

Zügiger Ausbau von Park & Ride-Anlagen / Angebote anstelle Verbote

- *Bericht des Dezernates V vom 14.06.2018* -

4. 17-F-22-0001 ANLAGE

Mietfahrrad-Verleihstationen

- *Bericht des Dezernates V vom 26.06.2018* -

5. 17-V-01-0016 DL 31/18-1, 23/17-1 , 21/17-1

Projekt Ostfeld/Kalkofen; Beschluss nach § 165 Abs 4 BauGB - Durchführung von vorbereitenden Untersuchungen

- *Bericht des Oberbürgermeisters vom 4.7.2018* -

6. 18-F-05-0004 ANLAGE

Mehr Sicherheit für Fußgänger Testbetrieb von sog. „3D-Zebrastreifen“ aufnehmen
- *Bericht des Dezernates V vom 31.07.2018* -

7. 18-F-05-0019 ANLAGE

Trassenführung Citybahn
- *Bericht des Dezernates V vom 12.06.2018* -

8. 18-F-20-0003 ANLAGE

Sachstand Klimagutachten Elsässer Platz
- *Bericht des Dezernates V vom 23.07.2018* -

9. 18-F-20-0004 ANLAGE

Elterntaxis entgegenwirken
- *Bericht des Dezernates V vom 25.07.2018* -

B

10. 18-V-01-0012 DL 36/18-2

Projekt Ostfeld - Erweiterung des Projektbudgets
- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 28.08.2018* -

11. 18-V-20-0027 DL 28/18-1

Investitionscontrolling 1. Quartal 2018

12. 18-V-20-0036 DL 32/18-2

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2018 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

13. 18-V-20-0037 DL 29/18-2

Übersicht der durch den Magistrat vom 01.01.2018 bis 31.03.2018 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

14. **18-V-31-0008** **DL 29/18-3**
"10-Punkte-Programm Sicherer Wiesbaden",
Sperrkonzept gegen Amokfahrten; Provisorische Sperren an vier Einfahrtsbereichen
15. **18-V-40-0014** **DL 37/18-6, 36/18-7**
Grundschule Nordenstadt - Ausführungsvorlage Erweiterung
16. **18-V-40-0016** **DL 32/18-4**
Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen
17. **18-V-41-0010** **DL 34/18-6**
Burg Sonnenberg/ Ausführungsvorlage Sanierung Oberburg, Bauabschnitt I
18. **18-V-61-0020** **DL 34/18-12, 01/18-2**
"Städtebaulicher Rahmenplan Elsässer Platz" im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße - Bericht zum Stand der Planungen
19. **18-V-63-0004** **DL 35/18-2 NÖ**
Zusätzlicher Personalbedarf für das Sachgebiet 630120 Baurechtliche Prüfverfahren,
Allgemeine Baurechtsangelegenheiten
20. **18-V-66-0203** **DL 29/18-6**
Sudetenstraße; Einrichtung einer Einbahnstraße
21. **18-V-66-0226** **DL 37/18-8**
Querung 2. Ring für den Radverkehr
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 28.08.2018 -
22. **18-V-66-0235** **DL 37/18-10, 34/18-14**
70 neue Fahrradabstellplätze am Hauptbahnhof

23. 18-V-66-0305 DL 29/18-7
Erneuerung der Fahnenmasten in der Wilhelmstraße, Mehrkosten

24. 18-V-80-2303 DL 37/18-2 NÖ
Verkauf eines Gewerbegrundstückes im Petersweg-Ost
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 28.08.2018 -

25. 18-V-80-2316 DL 31/18-2 NÖ
Zusätzliche Mittelbereitstellung für die Burg Sonnenberg, Sanierung der Stützmauer an der Gaststätte, der Terrasse und der Gaststätte

26. 18-V-80-2317 DL 31/18-3 NÖ
Burg Sonnenberg, Erneuerung Zufahrt und Versorgungsleitungen

27. 18-V-80-2318 DL 31/18-4 NÖ
Burg Sonnenberg Sanierung Burghof Unterburg und Herstellung barrierefreier Zugang zur Gaststätte

28. 18-V-80-2321 DL 34/18-1 NÖ
Ankauf von Grundstücken in der Gemarkung Dotzheim

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Volk-Borowski
Vorsitzender